

Ercheint wochentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die Gekoppelte
Zerlegung 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.
Schluss der Redaktion:
Dienstag Mittags

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Hm a./Donau
Reichardtstraße 14.
Telefon 1442.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an G. Marquardt, Hm a. D., Reichardtstr. 14, Tel. 1442. — Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22.

Nummer 33/34.

Hm a. Donau, den 23. August 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Die neuen Steuern. — Die Volksernährung im Kriege. — Ehrentafel. — Die Generalversammlung des Arbeitervereins für das deutsche Holzgewerbe. — Die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1917. — Feuilleton: Ueber Glanz und Dolorgebildung. — Rubschau: Die Antwort der Arbeitgeber. — Gegen die „gelben“ Gewerkschaften. — Ein Mitarbeiter von Schulze-Delitzsch. — Jurisdictionen an Kriegserwitwen. — Fabrikpflanzertinnen. — Aus dem Leben eines Arbeiters. — Berlin II. — Verlebung. — Kaiserlautern. — Stegen. — Patentschau. — Anzeigen.

Dieser staatliche Steuernstrauch, den Graf Rüdern dem Reichstag anbot, hat diesen mit vollem Recht nicht befriedigt. Die alten Rücksichten auf die finanzpolitischen Gewohnheitsrechte der Bundesstaaten, die die jogen direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen als ihre alleinige Steuerdomäne betrachteten, hatten das Reichsfinanzamt veranlaßt, von einer systematischen Ausdehnung der direkten Besitzbesteuerung, die auf dem Umwege über den Verbrauchsbeitrag und die Kriegsgewinnbesteuerung vom Reiche begonnen war, wiederum Abstand zu nehmen; der Schatzsekretär vertraute vielmehr auf die kommenden Steuervorlagen für das nächste Finanzjahr, wo er durch Erbschaftssteuer und Kriegsgewinnbesteuerung physischer Personen nach dem Maßstab der jetzigen Gesellschaftssteuer das Gleichgewicht zwischen Besitz- und Verbrauchssteuern in der Kriegskosten-Belastung des Reiches herzustellen trachten würde. Die Mehrheit des Reichstages erachtete es aber für eine innerpolitische Unmöglichkeit, mit der Forderung von 2/4 Milliarden indirekter Verbrauchs- und Umsatzsteuern in der einen Hand und nur 1/4 Milliarden Mark Besitzsteuern in der anderen Hand vor das Volk, das bereits genug unter der Teuerung leidet, hinzutreten. Der Reichstag hat vielmehr jetzt schon eine gewisse Ausgleichung zwischen den Steuerertrümpfen aus dem Besitz und aus dem Verbrauch vorgenommen und die Steuervorlage, abgesehen von gewissen Verschärfungen der Börsensteuern, durch Reichsabgaben auf Mehrere-

ihres Fiskalnetzes viel mehr als durch einen hohen Effektenumsatzkessel gefährdet sind. Die Umsätze der Sparbanken und Genossenschaften, die die Geldgeschäfte des kleinen Mannes auf eine rationelle Basis bringen sollen, sind in dem neuen Stempelgesetz vor denen der Banken begünstigt worden.

Unter den neuen indirekten Verbrauchsabgaben werden die Getränkesteuern und die Warenumsatzsteuer eine nicht nur finanziell, sondern auch sozial empfindliche Rolle spielen, wenn auch bei der gegenwärtigen fatalistischen Ergebung in eine schier schrankenlose Preisentwicklung u. bei der Knappheit der Waren und Getränke die weitere Verteuerung dieser Dinge durch die Steuern zunächst nicht schmerzhaft vermehrt werden wird. Ueberdies sind von der Warenumsatzsteuer die Versorgungsgeschäfte der Gemeinden und öffentlichen Lebensmittelgeschäfte ausgenommen, so daß die Umsatzsteuer meist nur die öffentlich bewirtschafteten Waren trifft, diese freilich in Folge der Fortwählung der Steuern, bei der Preissteigerung des Produktions- und Verteilungsprozesses und bei der Verdoppelung und Verdreifachung der Friedenspreise, um so nachhaltiger. Die Warenumsatzsteuer wird jedenfalls dazu beitragen, den notwendigen Preisabbau in der Übergangswirtschaft unerwünscht zu verlangsamen, da sie kaum im Jahre 1923, bis wohin ihre Geltung zunächst befristet ist, aufgehoben werden dürfte. Eine weitere sozialwirtschaftliche Folge der Warenumsatzsteuer wird aus ihrer Konzentrationswirkung erwartet. Das Verlangen, die Umsatzsteuer auszuschalten, wird die Neigung, die Produktion der Waren von A bis Z, von der untersten Rohstoffstufe bis zum verbrauchsfertigen Fertigerzeugnis in einer Hand zusammenzufassen, weiter stärken; die im letzten Stadien in das Gesetz eingeschalteten Binnenumsatzsteuervorschriften für die gemischten Betriebe werden zwar dem Reichsfinanzministerium viel zu tun geben, aber kaum den Steuersäckel des Fiskus erheblich füllen. Um der Warenumsatzsteuer, die unterdrücklos allen Verbrauch ohne Rücksicht auf die Bedarfsbringlichkeit belastet und die linderreichen Preisliften, für die, wie an vielen Stellen preisende Reden führt, wie eine Kopfsteuer trifft, einen lindernden Beigeschmack zu geben, hat der Reichstag beschlossen, 50 Mill. Mark aus dem Steuererlöse durch die Bundesstaaten an die Gemeinden zu verteilen, damit sie von diesem Gelde für die billigere Lebensmittelversorgung der Einwohner Vorkehrungen treffen. Diese fünfprozentige Befreiung der Umsatzsteuerlast wird sich in den ländlichen deutschen Gemeinden rasch verflüchtigen. Die dem Umsatzsteuergesetz angehängte Luxusumsatzsteuer hat sozial kaum etwas zu bedeuten; leider wird sie den Schleichhandel noch weiter vermehren.

Unter den Getränkesteuervorlagen bedeutet das Branntweinmonopol einen bedeutamen sozialwirtschaftlichen Schritt vorwärts. Das bisher private Monopol der Spirituszentrale, ihre Kontingentierungs-, Reinigungs- und Verteilungsalternativ wird verstaatlicht, und sogar die Herstellung des normalen Trinkbranntweins in die Hand des Reiches gelegt. Die Brennereien, auch die kleinsten, werden im allgemeinen als Privatbetriebe aufrechterhalten. Mit Abfindungen werden die stillgelegten Betriebe, namentlich Likörfabriken und Destillationen, und ihre Angestellten und Arbeiter entschädigt. Um die erhebliche Verteuerung des Alkohols (die Abgabe für den Hektoliter steigt von 125 auf 800 M.) für die Arzneiverordnung der Minderbemittelten nicht so fühlbar werden zu lassen, erhalten die Krankenkassen 16 Millionen jährlich vergütet. Ferner sollen aus den Erträgen des Branntweinmonopols 4 Millionen M zur Bekämpfung des Alkoholismus jährlich verwendet werden. Durch diese Zugabemaßnahmen wird die steuerliche Mehrbelastung der geistigen Getränke, die von allen Verbrauchsabgaben immerhin die sozial erträglichste ist (zumal nach dem, was jetzt dem Volk a. Getränken geboten wird), noch annehmbarer gemacht. Gegen die Besteuerung der Mineralwässer ist von Mäßigkeitsfreunden scharfer Widerspruch erhoben worden; doch so sehr man die Förderung alkoholfreier Trinkgewohnheiten wünschen mag, dürfen doch in einer Zeit bitterster Finanznot des Reiches die Fabriken für alkoholfreie Getränke, die dank der Reklame der Mäßigkeitsfreunde bei hohen Preisen große Geschäfte machen, nicht steuerfrei ausgehen. Die nötige Konkurrenz auf diesem gewinnbringenden Felde wird die alkoholfreien Getränke, deren Herstellung im Eigenbetriebe überdies steuerfrei bleibt, vor Verteuerung bewahren.

Die neuen Steuern sind trotz ihres Umfanges und trotz der Bedenken, die man gegen die Warenumsatzsteuer in ihrer primitiven Form haben muß, doch im ganzen so veranlagt und verteilt, daß man empfindlich fühlende Folgen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, für die Belebung seiner Reproduktionskraft weder nach der Unternehmenseite noch nach der Arbeitseite hin zu fürchten hat. Freilich muß man das diesjährige Steuerbündel im Zusammenhang mit den früheren Steuern und den — noch kommenden betrachten, ehe man zu einer abschließenden Würdigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Wirkung gelangen kann. (Soziale Praxis.)

Die neuen Steuern.

Von Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin.

Am 13. Juli hat der Reichstag das große Bündel der 14 diesjährigen Reichssteuergesetze in dritter Lesung verabschiedet und damit ein Steuernord in kurzer Zeit vollendet, das in der deutschen Geschichte einzig dasteht; es handelt sich um jährliche Steuereinnahmen von mehr als 4 Milliarden Mark, während der letzte Friedenshaushalt des Reiches nur 1700 Mill. M. Steuern aufwies. Kein Wunder, daß die Beschäftigung des Reichstages mit diesem ungeheuren vielgestaltigen und folgenreichen Werk die Arbeit an den sozialpolitischen Gesetzgebungsaufgaben im dem zu Ende gegangenen Tagungsabschnitte nicht zu besonders ergiebiger Ernte reifen ließ. Je weniger dort Positives zustande gekommen ist, umso näher liegt es für uns, das neue Steuernord auf seine sozialen Gesichtspunkte und Wirkungen zu betrachten, soweit bei der harten Notwendigkeit, die unserem Volke diese gewaltige Kriegslastendeckung aufzubürdet, von der Rücksichtnahme auf die sozialen Forderungen neuzeitlicher Steuerpolitik überhaupt die Rede sein kann.

Nachdem wir 80 Milliarden an langfristigen fünfprozentigen Kriegsanleihen aufgebracht hatten, die eine jährliche Verzinsung von 4 Milliarden Mark erfordern, war bei der Ungewissheit über die Dauer des Krieges die Forderung unabweisbar, nach dem Vorbilde Englands einen Teil der Kriegskosten und ihrer Verzinsung durch ständige jährliche Reichseinnahmen abzubürden; sonst würde sich die Finanzlast außer den neuen Ausgaben jenseits um Zins und Zinseszins noch steigern und den Kredit des Reiches, sowie den Kurs der deutschen Währung im Ausland und damit manche Preisbildungsfaktoren unserer Wirtschaft ungünstig beeinflussen. Sozialwirtschaftlich ist es also durchaus erwünscht, daß wir zu unserer ausgiebigen Anleihepolitik nunmehr auch eine systematische Steuerpolitik gefellen.

Bisher waren wir, abgesehen von der einmaligen Kriegsgewinn- und Besitzsteuer, die nach der Veranlagung vom 31. Dezember 1916 5 1/2 + 0,3 Milliarden Mark eingebracht hat, und den Einkommensteuervorschlägen in den Bundesstaaten und Gemeinden, im Deutschen Reich nur allmählich an das Erschließen neuer regelmäßiger Steuerquellen für die Kriegsführung herangetreten. Das Jahr 1916 brachte die Tabaksteuer, den Warenumsatzkessel und die Post- und Telegraphensteuern mit 650 Mill. M. geschätztem Ertrage, das Jahr 1917 eine 20prozentige Kohlensteuer, Personen- und Güterverkehrssteuern und einen 20prozentigen Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer mit 1200 Mill. M. (sofern die Steuern ihre volle Saugkraft entfalten können). Alles das erweist sich aber unzureichend gegenüber dem finanziellen Mehrbedarf des Reiches, zumal da die Steuern fürs erste die errechneten Erträge nur zum Teil erbringen. Heuer ist nun der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes entschlossener an die Steuerfrage herangetreten und hat dem Reichstag Mitte April einen großzügigen Plan zur Aufbringung regelmäßiger Reichseinnahmen aus Abgaben und Kriegsgewinnsteuern unterbreitet: es sollen aus den Getränken, durch ein Branntweinmonopol, durch Uebergang von der Biermalsteuer zur Bierfabriksteuer, durch eine Steuer auf Mineralwässer, Kaffee, Kakao und Tee und durch stärkere Besteuerung des Weines 1200 Mill. Mark herangezogen werden. Die Verbrauchssteuern sollen durch abschließende Ausgestaltung der Postgebühren 250 Mill. Mark mehr erbringen, der Geldverkehr durch erhöhten Stempel auf die Geldumsätze, Wechsel, den Wertpapiermarkt und Verkauf, die Schlupfen und Talons sowie sonstige Stempelerhebungen etwa ein Mehr von 200 Mill. M., und der Ausbau des schärfsten Warenumsatzkessels von 1916 (1 v. E.) zu einer allgemeinen Warenumsatzsteuer von 5 v. E. auf alle Lieferungen und Leistungen, mit besonderer (5-20 v. E.) Besteuerung des Luxuswarenverkaufs, soll den ursprünglichen Ertrag von etwa 200 Mill. M. auf 1000 bis 1200 Mill. M. steigern; endlich sollen durch eine außerordentliche Kriegsabgabe der Erwerbsgesellschaften von ihren Mehrgewinnen gegenüber den durchschnittlichen Geschäftsgewinnen der letzten Friedensjahre 600 Mill. M. von dem, was das Reich die Gesellschaften verdienen läßt, zurückgeholt werden.

Kollegen!

„Für mich sind Anschauungen, als könnte man heute noch ganz gut ohne Verbandsorganisation, Kundsch. Ich kann solche, die betätigten Anschauungen halbigen, nicht als existenzberechtigt und als ernste, den Zeitgeist beobachtende Männer anerkennen. Es sind zumest Egoisten, die andere für sich die Kassen aus dem Feuer holen lassen und die Frucht ernten wollen, die andere gek. Verabschiedungswürdige Naturen, für die der eiserne Besen zum Weges von der Bildfläche wohl das Beste wäre! Die Verhandlung möge einmal ernstlich erwägen, wie den Fahnenflüchtigen und den Aufseherinnen, die nichts als Egoisten sind und nur aus egoistischen Gründen den Verband meiden, beizutreten ist, und wie diesen der Genug der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — mitunter unter großen Opfern der letzteren — errungen, entgegen werden kann. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und keiner hat das Recht, an unseren Errungenschaften teilzunehmen, der nicht in unseren Reihen steht.“

Ein Unternehmer über die Unorganisierten.

kommen und auf größere Vermögen, die zusammen 1200 Millionen Mark erbringen sollen, bereichert. Damit hat die diesjährige Reichsfinanzgesetzgebung nicht nur einen schlimmen Unterlassungsfehler unserer bisherigen Besteuerung der Kriegsgewinne, die wesentlich dem Vermögenszuwachs traf, also die Erspannis belastete, zugunsten der steuerfreien Verteilung der Kriegseinkünfte mit ihren verheerenden Wirkungen auf die Warenpreisbildung halbwegs gut gemacht, sondern auch ein ganz anderes soziales Gesicht als in der ursprünglichen Regierungsvorlage erhalten. Und das ist für die Aufnahme der neuen Kriegslastung in den breiten Volksmassen, unter denen man künftig eine zielbewusste Kriegsteueraufklärung ebenso wird treiben müssen, wie man Ernährung-, Anleiheaufklärung usw. bisher schon getrieben hat, von wesentlicher Bedeutung. Die Vermehrung des Steuerertrags um 1200 Millionen M. Besitzsteuern legt für die Opferwilligkeit des Reichstages wie für seine sozialwirtschaftliche Einsicht ein gleich günstiges Zeugnis ab.

Da die neuen Besitzsteuern erst bei einem Vermögen von 100 000 M. und bei einem Einkommen über 10 000 M. beginnen, und hier auch nur die Mehrerträge von 3000 M. treffen, so sind besondere wirtschaftliche Wirkungen, die auch den Sozialpolitiker angehen, außer den obengenannten allgemeinen von diesen Steuern nicht zu erwarten. Gegen den zu den indirekten Besitzsteuern zu rechnenden Börsenaktienstempel von 3 v. E. hat sich eine stürmische Abwehrbewegung der Börsenkreise, die in Hamburg bis zum Börsenstreik führte (dem allerdings die Einberufungsankündigung des Generalkommandos rasch ein Ende machte), erhoben, bei der auch soziale Rücksichten auf die bedrohte Existenz der kleinen Privatbankiers geltend gemacht wurden. Wir glauben indes, daß diese Existenzen durch die Entwicklung der Großbanken und

Die Art der Sache bleiben bestehen. Hier muß zugegeben werden, daß die Kollegen gegenüber den anderen Betrieben wesentlich besser stehen. Unsere Kriegswirtschaft wirkt auch heute solche Gewinne ab, die es dem Arbeitgeber ermöglichen, seinen Arbeitern einen anständigen Lohn zukommen zu lassen. Leider wird diese Toleranz bei manchem Arbeitgeber heute noch vermisst. Es bleibt daher dem Arbeiter nichts anderes übrig, als sich der Organisation anzuschließen, um so durch gemeinsame Arbeit das Verfallene nachzuholen. Den noch wenigen Unorganisierten aber rufen wir nochmals dringend zu: Stehen in den Gewerkschaften, und überlastet den Kampf nicht allein, denn auch Ihr habt die moralische Pflicht an dem großen Werke mitzuarbeiten. Und wenn einst unsere Kollegen aus dem Felde wieder heimkehren, die auch für Euch ihr Leben in die Schanze schlagen, dann muß auch der letzte Holzarbeiter stolz darauf sein, auch hier in der Heimat mitgeholfen zu haben an dem großen Werk der Arbeiterklasse. Jeder trage für seinen Teil dazu bei. Keiner soll die Arbeit dem andern allein überlassen. Darum Kollegen des Wittgensteiner Bezirks: Erwacht aus Eurem Schlafe und zeigt keine Furcht, denn nur dem Mutigen gehört die Welt. Unser gemeinsames Ziel ist: Bessergestaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Helfen kann hier nur eine geschlossene und starke Klasse, genau so wie die jetzt an der Westfront.

Der Vorstand.

Kaiserslautern. In der am Dienstag, den 13. August, stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde der Kollege **Erich Hoffmann**, Bachstr. 8, einstimmig zum Kassierer gewählt. Dem Kollegen **W. Hertel**, der wegen Krankheit sein Amt nicht mehr führen konnte, wurde für seine muster-gültige Klassenführung der beste Dank zum Ausdruck gebracht. Die Stelle eines Schriftführers wurde dem Kollegen **Friedrich Germann**, Barbarossastr. 59, übertragen, der das Amt annahm. Sodann hielt Bezirksleiter **Varnholt-Ullm** uns einen Vortrag über die neuen Forderungen der Holzarbeiter im allgemeinen und für Kaiserslautern im besonderen. Zum Schluß seiner Ausführungen erwähnte er die Kollegen, die sich zusammengehalten und alles zu tun, um die noch unorganisierten Kollegen zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Die Unternehmer könnten dann einsehen, daß man unsere Forderungen nicht einfach abweisen könne. Der **Drückerberger**, der den Wert der Organisation zwar kennt, aber unorganisiert bleibt, um ohne Betragszahlung die Vorteile der Organisation mitzugenehmen, ist ein Schmarotzer, der nicht wert ist, daß man kollegial mit ihm verkehrt. Sie schwächen den Einfluß, den wir zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen brauchen und schädigen dadurch auch sich selbst, weil die Erfolge geringer sein müssen, als wenn alles einig und geschlossen sich organisiert hat. Anstand und Ueberlegung sollten auch den letzten Arbeiter zwingen, Mitglied des Gewerkschafts zu werden. Kollege **Schnabel** dankte als Vorsitzender dem Referenten für seinen Vortrag und erwähnte alle Kollegen, die Referente zu beherzigen und alles einzusehen, der Lohnbewegung im Holzgewerbe zum Erfolg zu verhelfen. Nach einer lehrreichen Aussprache konnte die Versammlung gegen 11 Uhr abends geschlossen werden.

Siegen. Auf dem Kongreß der freiheitlich-nationalen Arbeiter und Angestellten am 28.-30. April in Berlin war die Veranstaltung gemeinsamer Kundgebungen in den einzelnen Orten angeregt worden. Dieser Aufforderung ist schon

in einer Reihe von Orten entsprochen worden. Am Sonntag, den 28. Juli fand eine solche Kundgebung in Siegen statt. Der Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften und der Allgemeine Eisenbahnerverband hatten ihre Mitglieder und Freunde nach dem Langenbach'schen Lokal eingeladen. Bis zum letzten Platz war das geräumige Lokal gefüllt. „Arbeitsrecht und Wahlrecht“ waren die Fragen, zu denen Stellung genommen werden sollte. Ueber die Frage des Wahlrechts sprach in eingehender Weise Redakteur **Erzelenz-Neuf**. Der Redner besprach zunächst den jetzigen Stand der Wahlrechtsfrage, wie er durch die Beschlüsse der Reichstages- und Preussischen Abgeordnetenhauses geschaffen sei. Mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen könne die Arbeiterklasse nicht zufrieden sein. Sie könne von der Forderung des gleichen Wahlrechts nicht abgehen. Ueber diese Frage gäbe es unter der gesamten Arbeiterklasse, gleichgültig, welcher Richtung der Einzelne auch angehöre, keine Meinungsverschiedenheiten. Die Verwirklichung sollte den Wünschen des Redners lebhaftest beifallen. An zweiter Stelle sprach Herr **Schneider-Dehler**, welcher an Stelle des verhinderten Herrn **Hosader** erschienen war, über die Notwendigkeit der Schaffung eines den heutigen Verhältnissen entsprechenden Arbeitsrechts. Sei das schon in Beziehung auf die Arbeiter der Privatindustrie notwendig, so noch viel mehr bei den in den staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern. Genau wie beim Wahlrecht, liege aber auch beim Arbeitsrecht die Entscheidung bei der Arbeiterklasse und ihren Organisationsaktionen. Auch dieser Redner fand mit seinen Darlegungen lebhaften Beifall. **Arbeitssekretär Ziegler** besprach kurz einige für den engeren Bezirk wichtige Fragen, die mit dem Wahlrecht und Arbeitsrecht in naher Verbindung standen. Er forderte das gleiche Wahlrecht nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gemeinden. Das Wahlrecht sei die Voraussetzung für den Ausbau des Arbeitsrechts, das für Staat- und Industriearbeiter in gleicher Weise notwendig sei. Die Versammlung stimmte dem von Ziegler vorgeschlagenen Beschlusse einstimmig zu. Dieser Beschlusse lautet:

„Die dem freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenkongresse angeschlossenen Verbände der Arbeiter und Angestellten fordern die Durchführung des allgemeinen gleichem Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus gemäß der königlichen Verfassung vom 7. 4. 17 und 11. 7. 17. In einem Weltkrieg wie heute, in dem alle Männer vor dem Feinde und dem Tode gleich sind, kann eine Ungleichheit staatsbürgerlicher Rechte nicht weiter aufrecht erhalten werden. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen ist das erste und beste Mittel zur Milderung der schmerzlichen Klassenkämpfe, die vor dem Krieg bestanden. Es bahnt den Weg zur Durchführung der Politik vom 4. August 1914, als in der gemeinsamen vaterländischen Not Streitigkeiten und Gegensätze dahinschwanden und dem Geist der Freiheit und der Verständigung die Bahn geöffnet ward. Die Versammlung bedauert die einseitige Haltung der Parteien, die für die Aufrechterhaltung der Sonderrechte und der Klassengegensätze eintreten. Die freiheitlich-nationalen Arbeiter und Angestellten rechnen auf die Festigkeit der Regierung in diesem Kampfe und fordern die Ausschreibung von Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus, da die jetzigen Landtagsbeschlüsse zum Wahlrecht neue Sonderrechte schaffen, statt die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu sichern. Der nach dem neuen Wahlrecht gewählte Landtag wird eine wichtige Aufgabe haben bei der Mitarbeit zur Schaffung eines sozialen Arbeitsrechts, besonders für die Arbeiter

der staatlichen und gemeindlichen Betriebe. Damit wird die politische Freiheit ergänzt durch ein soziales Recht, in dem Arbeitnehmer und Unternehmer im gesetzlichen Rahmen ihre Meinungsverschiedenheiten austragen, ohne die Gewaltmittel des Klassenkampfes von oben oder unten.“

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurde die einmündige Kundgebung der Arbeiterklasse geschlossen.

Patentbau.
Mitgeteilt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18; Große Frankfurter Straße 59. — Zustände kostenlos.

- Angewandte Patente:**
- Al. 34 s. 9. T. 21 799. **Stühle oder Bänke.** Rudolf Thurom, Charlottenburg, Kieglstraße 3. Angem. am 18. 1. 18.
 - Al. 34 i 4 W. 49 710. **Schreibstisch.** Albert Bernide, Anklam, Frauenstraße 19. Angem. 3. 9. 17.
 - Al. 34 s. 6 S. 52 230. **Stammquerschnittsmaß.** Paul Scheibe, Saarbrücken, Komollstraße 28. Angem. 23. 11. 17.
 - Al. 77 q. 10. W. 50 756. **Willkürbande.** Ernst Wianting, Magdeburg, Gr. Diederichstraße 232. Angem. 2. 5. 18.
 - Al. 34 s. 8. S. 70 279. **Heberrichter Stg oder Lehne für Stühle und andere Möbel.** Marie Hülshof, geb. Schilling, Berlin-Wilmersdorf, Hildegardstraße 29. Angem. 20. 5. 18.
 - Al. 34 i. 4. A. 64 932. **Schreibmöbel.** Friedrich Alantien, Bottrop, Westfalen. Angem. am 30. 10. 17.

Gebräuchlicher.

- Al. 34 s. 678 722. **Festes oder zusammenlegbares Bett.** „Erf.“ sanitäre Installationsartikel, G. m. b. H., Dresden. Angem. am 9. 3. 18.
- Al. 34 i. 678 589. **Tragbares Arbeitspult.** R. Salter, Berlin, Kurfürstendamm 57. Angem. am 25. 8. 16.
- Al. 34 i. 678 854. **Verschiebbarer Gefachboden für Reihen- oder dergl. Schränke.** Angem. am 11. 3. 18.
- Al. 34 i. 679 124. **Gemüschobelstisch.** Karl Glöckner, Berlin, Thauerstr. 7. Angem. am 23. 2. 18.
- Al. 34 s. 678 851. **Auffklappbarer Furnierboden mit verschiebbaren Spindeln.** R. Lippe, Berlin, Oranienstr. 183. Angem. am 9. 3. 18.
- Al. 34 i. 680 909. **Verwandlungs-Reihenstanzl.** Grünwalds Registrator Co., Berlin. Angem. am 19. 4. 18.

Rheinisch-Westf. Bezirk.

Den Ortsvereinen zur Kenntnis, daß ich mit dem 27. August meinen Sitz von Duisburg nach **Elberfeld**, Fürberstraße 22 verlege. Bitte, dieses für die Folge gut zu beachten, um Störungen zu vermeiden.

P. Damm, Bezirksleiter.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 34. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Inserententeil ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse

des **Gewertvereins der Holzarbeiter Deutschlands**

Jedes Gewertvereinsmitglied kann aufgenommen werden.

In der I Stufe bis zu 55 Jahren ohne ärztl. Untersuchung

II	50	„	„	„
III	45	„	„	„
IV u. V	45	„	mit	„

Der Wochenbeitrag beträgt in

Stufe I	10	Pfg.
II	21	„
III	33	„
IV	45	„
V	57	„

Das Krankengeld beträgt in

Stufe I pro Tag	— 50	Mk.
II	— 80	„
III	— 1.25	„
IV	— 1.70	„
V	— 2.15	„

Außerdem wird ein Begräbnisgeld in den einzelnen Stufen gezahlt von

Mk.	20.—
„	35.—
„	55.—
„	75.—
„	95.—

Die Kasse untersteht dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung. Sie können allen Kollegen und Kolleginnen zur Verfügung, auch Mitglied unserer Krankenkasse zu werden.

Zischler auf Bauarbeit

D. Schneider, Großwasserweg, Bz. Mgdb.

Der Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands

begreift den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Etilität, Fürsorge für alle Stufen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmertum und dem Staat.

Für den Beitrag von 50 Pf. pro Woche wird gewährt:

1. Rechtschutz in gewerblichen Klagen, auch freie Vertretung vor Gericht.
2. Streit-, Ausperrungs- und Wählregelungsunterstützung bis 18 M. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.
3. Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 8 bis 12 M. pro Woche je nach der Dauer der Mitgliedschaft höchstens 120 M. im Jahre.
4. Wander- und Reiseunterstützung von 2 1/2 Pf. pro km bis 1000 km.
5. Heberleiungsbefähigung von 10 bis 50 M. je nach Dauer der Mitgliedschaft. Außerdem für die Frau von jedem Kind von 10 bis 14 Jahren 2 Pfg. und für jedes Kind von 4 bis 10 Jahren 1 Pf. pro km.
6. Eine Begräbnisbeihilfe von 25 M. steigend bis 50 M.
7. Kostenlose Vertretung in Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallfällen, selbst vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin.
8. Die Gewerksvereinszeitung „Die Fische“ erhalten die Mitglieder unentgeltlich. Ebenso steht ihnen die Werbung der Ortsvereinsblätter frei.
9. Hilfe in besonderen Notfällen durch die Ortsvereine.
10. Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen nach besonderer Beitragsleistung.

Diese Unterstützungen werden nicht gegeneinander aufgerechnet. Weibliche Mitglieder, sowie Gefährten und jugendliche Arbeiter bis zu 17 Jahren zahlen nur 25 Pfg. Beitrag pro Woche, wobei sie die Hälfte der vorgenannten Unterstützungen erhalten.

Der Gewerksverein ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral.

Kollegen und Kolleginnen! Wer im Leben vorwärts kommen will, muß organisiert sein. Wer mitgehen will, die Arbeiterklasse zu verbessern, der wende sich und trete dem Gewerksverein bei.

Der Sitz des Gewerksvereins ist in Berlin NO. 55, Weißwasserstraße 21A/22.

Erfinderrecht

Handbuch, 290 Seiten, in Leinen gebd. 6.— Mark.
Es enthält die Patent-, Musterschutz- und Warenzeichengesetze, bezügliche Erläuterungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.
Prospekt kostenfrei.
Friedrich Nath's Verlag, Charlottenburg 4, Kaiser Friedrich-Straße 53.

Zwei erstklass. Tischler

für Möbel und Innenausbau
sofort gesucht von
Flugzeugbau Friedrichshafen G. m. b. H. Werk Warnemünde.

- Frankfurt a. M.** Das Arbeitersekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerksvereine befindet sich Deutschherrenstr. 49. — Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.
- Ortsverband Gelsenkirchen.** Diskussionsabend, Sitzung jeden Mittwoch punkt 8 Uhr abends, im Lokal Kapar Simon, Gelsenkirchen, Alter Markt 16.
- Ortsverband (Ortsverband).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen **Kolnowski**, Kullmerstraße 1.
- Logau (Ortsverband).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen **Anglaube**, Preussische Straße 89.
- Grethen-Gelau (Ortsverband).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Ortsvorsitzenden **P. Schiener** in Sprottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.
- Siberach a. Rh.** Herberge im „Roten Ochsen“, Unterstützung von 1 M. bei **Martini**, Hirschbergstraße 18.
- Duisburg in Böhmen.** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten ein Nachlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeitervereinigungen, Eißbacherstraße 8.
- Moson (Ortsverband)** gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinsvorsitzenden und bei Verb.-Kass. **Mänker**, Wallische 23.
- Waldau (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.
- Ulm a. D.** Arbeitsnachweis u. Unterstützung auf dem Sekretariat der Gewerksvereine, Neithardstraße 14.